



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

****:** Der Niedergang der politischen Parteien

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Niedergang der politischen Parteien

Eine der interessantesten Erscheinungen unsres öffentlichen Lebens besteht in der Veränderung, die sich im Laufe der letzten 30 bis 40 Jahre sowohl im Bestande wie in den Zielen der politischen Parteien vollzogen hat. Wie so vieles knüpft auch sie sich an die Periode der Gründung des Reichs an, das die wichtigsten Forderungen der vormärzlichen Zeit erfüllte. Vorbereitet war sie durch den Zollverein. Die Niederlegung der Zollgrenzen im Innern Deutschlands hatte jenen mit der Gründung des Reichs einsetzenden Aufschwung von Handel und Industrie angebahnt, auf dessen Höhe wir zurzeit so stolz sind. Die Folgen dieses Aufschwungs sind es, die sich nun auch auf politischem Gebiete durchsetzen. Das wesentlichste dieses Vorgangs kann als die Zersetzung der alten politischen Parteien durch Interessenverbände bezeichnet werden.

In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts knüpften die Parteien teils an die Tradition der ersten französischen Republik, teils an englische Verhältnisse an. Sie bezeichneten sich als Monarchisten, Legitimisten, Republikaner, Demokraten, als Konservative, Konstitutionelle, Liberale mit mancherlei Schattierungen. In der Periode der Gründung des Reichs waren die extremen Parteien bereits stark zusammengeschmolzen. Sie waren durch Konservative und Liberale mit mehreren Zweigen aufgenommen. Aber schon damals war der Beginn einer grundsätzlich veränderten Teilung bemerkbar, und zwar durch die Einführung des nationalen Prinzips (Polen, Elsäßer, Partikularisten), die Abtrennung der Sozialdemokraten, d. h. der Vertreter des vierten Standes mit einem ausgesprochen wirtschaftlichen Glaubensbekenntnis, und durch die Organisation des Zentrums, als einer Partei des römischen Klerus.

Wie stark die verschiedenen Richtungen gewachsen sind, ist allbekannt. Aber ihr Beispiel hat ganz bedeutende Nachfolge gehabt, eine Nachfolge, die durch eine bald nachher einsetzende Bewegung auf wirtschaftlichem Gebiete stark beeinflusst ist. Dies ist die von Amerika und England ausgehende Trust-, Syndikats- oder Gewerksbewegung. Sie hat im Lauf der Jahre unter verschiedenen Namen das ganze Volk ergriffen, so daß es kaum eine wirtschaftlich oder beruflich tätige Gruppe gibt, die ihr nicht unterlegen wäre. Der mächtigste dieser Verbände ist zurzeit der Bund der Landwirte. Er setzt sich aus zahllosen Unterverbänden und kleinern Gruppen zusammen, aus all' den Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften, dem Spiritusringe und den Kornhausgesellschaften, Butter-, Eier- und Milchgenossenschaften, die das ganze Land bedecken und den leitenden Männern eine stets aufmerksame Nachfolge sichern. Etwas älter als die genannten sind die Verbände der hohen Finanz und der Industrie, angefangen vom mächtigen Kohlsyndikat und der schweren Eisenindustrie über den Tapeten- und Zigarettentrust, bis zu den Mittelstands- und Innungsverbänden. Hierher gehören auch die mehr und mehr erstarkenden Berufsvereine der Arbeitgeber, die Technikervereine, die der Privatbeamten aller Art. Auch auf akademische und verwandte Berufe hat die Bewegung übergegriffen; manche, wie z. B. der Ärzteberuf, sind durch die Gesetzgebung und ihre Folgen dazu bewogen worden. Dahin gehören die mächtigen Vereinigungen der Lehrer, der mittleren und unteren Beamten, denen sich jetzt auch die obern anzuschließen beginnen. Die letzten Glieder dieser langen Kette sind der Hansa- und Bauernbund sowie der der Festbesoldeten. — Das Ergebnis dieser kurzen Aufzählung ist, daß die ganze Nation sich in eine unendliche Zahl von kleinen und großen Verbänden gegliedert hat, die wieder zueinander in mannigfachen Beziehungen stehen und sich zum Teil zu großen Einheiten zusammengeschlossen haben. Die Zahl der Einzelbetriebe und erwerbstätigen Einzelpersonen, die ihnen fernstehen, ist nur klein und schwindet täglich mehr. Alle die erwähnten Verbände haben wirtschaftliche Ziele. Es hängt hauptsächlich von ihrer Stärke ab, ob sie sich darauf beschränken wollen oder nicht. Mit ihrer Größe wachsen auch ihre Aufgaben. Zölle und Eisenbahntarife aber liegen bereits auf politischem Gebiete. Sie müssen in den Parlamenten erkämpft werden. So haben sich Sozialdemokraten, Zentrum und Agrarier von Anfang an auf politischen Gebieten betätigt, so wird es dem Hansabunde gehen, so geht es schon jetzt den Vereinen der Beamten und Lehrer. Gegen die politische Betätigung werden keinerlei vorbeugenden Mittel der Regierungen helfen, und noch weniger die erbitternden Disziplinarmaßnahmen, die nur die Erregung steigern. Die Masse hat recht, denn sie hat die Majorität!

Die Unzahl von Verbänden, deren Druck die ganze Nation fühlt, deren wirtschaftliche Wichtigkeit hier jedoch nicht zu erörtern ist, hat nun den Personalbestand der alten politischen Parteien ganz bedenklich durchlöchert. Denn die große Menge wird heutzutage durch die materiellen Interessen weit stärker

beeinflusst als früher, und die alte ideale Begeisterung für König und Vaterland, für Volksrechte und Verfassung, für Monarchie und Republik ist dadurch stark in den Hintergrund gedrängt. So finden die alten politischen Parteien, die gewissenhaft noch die frühern Schlagworte vorführen, nicht mehr das alte Publikum vor. Ihre Organisationen bestehen noch fort, aber der lebendige Anteil an ihnen schwindet mehr und mehr. Im Laufe der Zeit treten die frühern Führer zurück. Ihr Erfsatz aber, auf verändertem Boden aufgewachsen, hegt andre Gedanken und geht auf andren Wegen. Der ferner stehende Beobachter hat den Eindruck verdorrnder Bäume, die im Sturme nach und nach ihren Blattschmuck verlieren und den Zweifel erwecken, ob sie im nächsten Frühling wieder ausschlagen werden. Wie das Zentrum seine Anhänger aus allen alten Parteien genommen hat, ist bekannt. Vielleicht noch zersetzender, wenigstens offensichtlicher hat der Bund der Landwirte gewirkt. Als er noch jung war, gab er allen Parteien gute Worte; namentlich die nationalliberale Partei glaubte ihn unterstützen zu sollen. Das Ergebnis war, daß er sie in großen Wahlbezirken ruiniert hat. Selbst zahlreiche linksliberale Landwirte sind dem Banner des Bundes gefolgt. Augenblicklich besorgt er die Zersetzung bei den Konservativen. Sie scheiden sich in die Agrarier, d. h. die Spiritus-, Zucker-, Stärke-, Fleisch- und Fettfabrikanten, und in die alten Richtungen, deren Wahrspruch war und ist: „Mit Gott für König und Vaterland!“ Anschauungen und Ziele der beiden Teile sind miteinander nicht zu vereinigen. Ähnlich, wenn auch nicht so durchsichtig wirkt die gelbe Gewerkschaftsbewegung auf die Sozialdemokratie; sie hat lediglich die Besserung der materiellen Lage der Arbeiter auf ihre Fahne geschrieben und untergräbt darum die alte, theoretische Sozialdemokratie, unter deren fähigsten Anhängern bekanntlich viele Fanatiker sind, die um praktischer Erfolge willen von ihren „Prinzipien“ kein Tittelchen aufgeben wollen. Damit aber ist den Arbeitern nicht gedient. Leicht ließen sich die Beispiele mehren. So hat das traurige Schauspiel, das die Liberalen zurzeit in Bayern geben, seinen Anstoß durch das Gehaltsbegehren der Lehrervereine bekommen, die sich zu den Liberalen rechnen; zu liberalen Forderungen haben aber bestimmte Gehaltsätze bisher noch nicht gehört.

Als Resultat ergibt sich, daß neben den alten politischen Parteien eine Unzahl von kleinen und großen Verbänden entstanden ist, deren Mitglieder sich sämtlich aus jenen Parteien rekrutieren, während sich die Ziele beider nicht nur nicht decken, sondern sich durchkreuzen und einander vielfach widersprechen. Die Bestrebungen des einzelnen Mitgliedes werden sehr oft in ganz verschiedene, ja entgegengesetzte Richtungen gedrängt. Daß dabei die materiellen Interessen schließlich die Entscheidung bestimmen, ist nur zu begreiflich. Den Schaden tragen die alten politischen Parteien. Während ihr Bestand mehr und mehr schwindet, nehmen die neuen Interessenverbände immer fester das Heft in die Hand. Der Verbandssekretär tritt an die Stelle der Parteivorstände.

Es bedarf kaum des Hinweises darauf, daß die hier geschilderte Strömung keineswegs auf das deutsche Volk beschränkt ist. Auch in England, Frankreich, den nordischen Staaten, Amerika usw., also sowohl in Monarchien wie in Republiken, finden wir Analogien und Vorbilder. Mit der Staatsform hängt sie mithin nicht zusammen, und berührt sie zunächst auch nicht. Ihre Führer sind in einer Reihe auswärtiger Staaten in die Ministerien eingetreten, ohne daß die frühere Staatsform verändert wäre.

Diese tiefgreifende Bewegung im sozialen Leben des Volks ist den Zentralbehörden nicht entgangen. Dennoch hat die einschlägige Gesetzgebung der verfloßnen fünfundzwanzig Jahre, so wohlwollend man sie auch einschätzen mag, weder beschränkend noch leitend auf sie gewirkt. Sie hat wesentlich nur die Begehrlichkeit auch in den Schichten geweckt, die nicht mehr zu den Arbeitern zählen. Mit einigen weitreten Gesetzen, wie dem Vereinsgesetz, oder der Witwen- und Waisenversorgung, für die das Geld fehlt, oder gar mit Disziplinarmaßregeln, ist nichts zu erreichen. Abwarten tut's auch nicht. Bisher war meist nur von Zurückdämmen und Einschränken zu hören. Man scheint auf ein Abflauen der Sache zu hoffen, wobei wohl vorzugsweise an die Sozialdemokratie gedacht wird. Wie wir zeigten, ist eine solche Auffassung grundfalsch. Die Bewegung geht weit tiefer. Sie müßte in geordnete Bahnen gelenkt und zu nützlicher, nicht zerstörender Arbeit angeleitet werden. Wie Bismarck die 1848 nutzlos verpuffte Bewegung zwanzig Jahre später in ein geordnetes Bett leitete und sie in kurzem Siegeszuge ans Ziel führte, so müßte heute ein moderner Staatsmann eingreifen.

Leider sind Staatsmänner dünn gesäet. Wird die deutsche, vor allem die preußische Bureaucratie die Einsicht und Fähigkeit haben, die Führung der allgemeinen Bewegung bei uns zu übernehmen, ähnlich wie sie seinerzeit den Zollverein durchsetzte? Trotz der emsigen Bemühungen von einzelnen Stellen ist zurzeit noch alles verschleiert. Die Verbindung der preußischen Regierung mit dem Bunde der Landwirte läßt nicht viel Gutes ahnen. Statt selbst zu leiten, ließ sie sich die Richtung vorschreiben.

Die Wirkung dieser Verhältnisse auf die Verhandlungen des Reichstags wird voraussichtlich wenig erfreulich sein. Ihr Tiefstand hat sicher zum Teil seinen Grund in dem Eindringen der Interessenpolitik in die alten Parteien; die — theoretisch unabhängige — Abstimmung der Volksboten ist durch die mehr und mehr eindringende Richtung in einem solchen Grade vorausbestimmt, und der Abgeordnete ist durch die Forderungen seiner Wähler so sehr gefesselt, daß weder von einem freien Meinungsaustausch, noch von Abstimmung nach bester Überzeugung die Rede sein kann. Die Abgeordneten finden eine gebundene Marschroute vor und müssen ihre Stimme nach Instruktion abgeben. Von dem Ideal, das man früher mit dem Wort Parlament verband, ist dieser Zustand himmelweit verschieden. Er entspricht den Zuständen auf den alten Reichstagen, deren Teilnehmer mit bestimmten Aufträgen entsandt waren, und

die bei Veränderungen neue Instruktionen einholen mußten. Die Abgeordneten waren Beamte.

Wenn die überwiegende Mehrzahl der Interessenverbände auch lokal beschränkt ist, so greifen die großen doch über die Grenzen der Landschaften, Stämme und Einzelstaaten hinüber. Die Rücksicht auf die Partikularstaaten scheidet bei ihnen aus. Die Sozialdemokratie, das Zentrum, der Bund der Landwirte, der Hansabund, die Vereinigungen des Mittelstandes, die Berufsgenossenschaften sind auch hierfür typisch. Aber hierdurch schließen sich diese großen Verbände auch an die Bewegung von 1860 bis 1870 an. Sie wirken im Sinne eines festern Zusammenschlusses der Nation. Mag sich auch ihre Tätigkeit auf wirtschaftliches Gebiet erstrecken, so geht die Wirkung doch selbständig weit über diese nächsten Ziele hinaus. Der Vergleich mit der Wirkung des Zollvereins drängt sich unmittelbar auf. Man denke auch an verwandte Erscheinungen, wie Sport-, Flotten- und Kriegervereine, an die zahlreichen kaufmännischen Vereine zur gegenseitigen Unterstützung. Sogar die konfessionellen Vereinigungen suchen die gesamte Nation zu erfassen. Alle Verbände wirken am letzten Ende abschwächend auf die alte Stammesfondrung und dem schädlichen Partikularismus entgegen. Sie gewöhnen die Deutschen, den ewigen Stammeshader, die neidische, blöde Besserwisserei endlich fahren zu lassen, sich dem Ganzen unterzuordnen und im Zusammenschluß einem gemeinsamen Ziele nachzustreben.

Doch bei einer so umfangreichen und so bunt gestalteten Bewegung geht es ohne Reibungen nicht ab. Die Interessen sind zu verschiedenartig, durchkreuzen einander zu oft, stehen einander häufig entgegen. Mancherlei Wirbel und Unterströmungen entstehen, manche Meinungsverschiedenheiten und selbst Gegensätze, deren Ausgleich nur nach langer Zeit möglich scheint, treten zutage. Für das Leben der Nation erscheint von allen Richtungen jedoch nur die ultramontane schädlich. Denn sie trägt keinen nationalen Stempel, sondern ist einer internationalen absoluten Monarchie, der Kurie mit dem Papste in Rom an der Spitze unterworfen. Deren Ziel aber ist die Unterwerfung der weltlichen Staaten unter ihre Herrschaft. Mittel zum Zweck ist wie immer und überall in der ganzen Welt die Bildung einer geistlichen Bureaukratie im Volke. Bei uns sind ihre Reihen längst vollzählig. Sie werden überdies mit den Mitteln des Staats unterhalten, den sie knebeln sollen. Es wird viel zu wenig beachtet, daß der katholische Geistliche in erster Linie päpstlicher Beamter ist und dieses Amt auch ausübt. Die herrschsüchtige Kurie ist ein fremdes Element, das, von außen in den lebendigen Volkskörper eingedrungen, daraus wieder entfernt werden muß.

Von den andern hemmenden Störungen ist die stärkste ohne Zweifel der Partikularismus. Die stärkste besonders deshalb, weil sie im Besitz der besten und ältesten Organisation ist und die Verwaltung leitet. Es ist ebenso begreiflich wie augenscheinlich, daß mit dem Hervortreten der zentralisierenden Kräfte sich auch die entgegenstehenden mehr und mehr rühren und sich zum

Widerstande rüsten, einem Widerstande, dessen historischer Vorsprung sicher steht. Denn zweifellos hat sich die Erholung Deutschlands nach dem dreißigjährigen Kriege nicht unter dem Einfluß des Reichs, sondern unter dem der Partikularstaaten, vor allem Preußens vollzogen. Ebensovienig kann aber bezweifelt werden, daß diese schöpferische Kraft durch die Wiederaufrichtung des Reichs zum größten Teile auf den neuen Organismus zurückgekommen ist. Ein derartiger lebendiger Körper kann sich nicht auf die lediglich mechanische Wirkung eines Bandes beschränken, sondern entwickelt aus sich selbst heraus eignes Leben nach eignen Gesetzen. Durch die einzelnen Glieder kann er in seinen Lebensäußerungen nicht ohne Schaden beschränkt werden. Daraus ergeben sich ohne weiteres mannigfache Konflikte, deren Schärfe durch die Macht jedes einzelnen der beteiligten Staaten bedingt wird. Solche Konflikte, die den großen Kanzler nicht selten behinderten, sind auch in den letzten Reichstagsverhandlungen deutlich zutage getreten. Weigerten sich doch alle größern Einzelstaaten, von ihren Vermögens- und Einkommensteuern an das Reich abzutreten, obgleich sie sich sagen mußten, daß ihre Finanzen nicht zur Ruhe kommen würden, solange nicht eine völlige Trennung von denen des Reichs durchgeführt, die Matrifularbeiträge mithin beseitigt würden. Dies ist aber ohne direkte Reichssteuern nicht durchzuführen. Schon am 1. Juli 1857 schreibt Bismarck an Manteuffel: „Es wird stets der Stein der Weisen für deutsche Politiker bleiben, die Macht der einheitlichen Zentralgewalt zu fördern und zugleich die Autonomie der einzelnen Staaten ungeschmälert zu erhalten.“ Auch dies Problem ist unlösbar, und wenn das Reich nicht wieder auseinander fallen soll, müssen sich die Partikularstaaten noch weitere Beschränkungen auferlegen lassen. Wo der Widerstand seinen Mittelpunkt hat, sagt schon vor 40 Jahren der jetzt längst vergessene von Unruh: „Der zähe Partikularismus steckt in den höhern Schichten, namentlich in den Beamten.“ Damit stimmt eine vielbemerkte Aufzeichnung des Fürsten Hohenlohe buchstäblich überein. Stillstand gibt es aber in Lebensvorgängen nicht; jeder muß sich entscheiden was er will: entweder Fortschritt zur weiteren Ausbildung des Reichs, oder Zerfall in einzelne Teile. Tritt man dieser Vorstellung näher, so ist der nächste Gedanke der an die Mainlinie, im Norden ein Großpreußen, und eine südliche Staatengruppe. Die aber würde ein Spielball zwischen den Nachbarn werden. Wer kann da über den richtigen Weg den geringsten Zweifel hegen?

Mithin müssen sich die neuen erstarkenden Interessenverbände auch mit den Einzelstaaten auseinandersetzen. Ihrem wirtschaftlichen Charakter entsprechend werden sie ihre Haupttätigkeit auf finanziellem Gebiete entwickeln. Dort dürften auch die wichtigsten Aufgaben der Reichsbehörden fürs erste liegen. Die Finanzfragen werden nicht wieder verschwinden, bis eine befriedigende Lösung erreicht ist. Dadurch dürften die in den verfloßnen fünf- undzwanzig Jahren dominierenden sozialen Neuschöpfungen in den Hintergrund treten. Es scheint auch in der Tat, daß die den produzierenden Ständen durch die

soziale Gesetzgebung auferlegten Lasten die erträgliche Grenze erreicht haben und eine weitere Steigerung nicht mehr durchführbar ist. Namentlich gegen die den Arbeitern wenig oder gar nicht nützlichen Lasten regt sich einstimmiger Widerspruch. Auch der Entwurf der Reichsversicherungsordnung ist durchaus nicht frei von ihnen.

Wie immer bei starken Neuforderungen, wird auch jetzt wieder viel von Ersparnissen gesprochen, und Reichs-Schatzsekretär wie preussisches Finanzministerium sollen ja den Notstift kräftig anwenden. Aber auch auf diesem Gebiete wird es sich nicht allein um Streichungen bei den sachlichen Aufgaben handeln, sondern auch um organisatorische Fragen, um Vereinfachung der allzu großen und zahlreichen Verwaltungskörper. Man denke nur an die Zentralverwaltungen, die alle dieselbe oder wenigstens sehr ähnliche Tätigkeit an einigen zwanzig verschiedenen Stellen ausüben, insbesondere an solche, die dazu nicht einmal im Dienste der Einzelstaaten, sondern in dem des Reichs stehen, wie z. B. die Zollverwaltung. Wäre es nicht Zeit, darin eine Beschränkung eintreten zu lassen? Warum schreitet z. B. die Gemeinschaft der Eisenbahnen nicht rascher fort?

Es ist der Partikularismus, der die Sache nicht will. Gewisse, leider recht starke Strömungen im Volke gehen mit den Regierungen Hand in Hand, um die Vereinfachung zu verhindern. Die Finanznot drückt offenbar noch nicht stark genug. Eine der nächsten Aufgaben der Interessenverbände wird es daher sein, die im Volke selbst noch wurzelnden Hinderungen zu überwinden und eine weitere Ausbildung der Reichsorgane gegenüber den Einzelstaaten durchzusetzen.

So drängen sich eine Menge großer und wichtiger Aufgaben, die der Erledigung harren und deren Zahl leicht zu vermehren sein würde. Für die vorliegende Betrachtung ist die nächste Frage, ob sich die hier erwähnten Neubildungen gegenüber den alten politischen Parteien durchsetzen werden oder nicht. Die Parteien setzen sich gegen den Aufsaugungsprozeß mit allen Kräften zur Wehr, stärken ihre Organisationen, prüfen ihre Programme nach, agitieren auf alle Weise. Ihre Zeitungen sind rühriger wie je. Aber es erscheint doch keineswegs sicher, ob sie ihren Bestand noch lange erhalten können. Manches Zeichen von Unsicherheit und innerer Schwäche, manches Schwanken und tastendes Versuchen wird auch nach außen sichtbar. Bestimmtes auf jene Frage zu antworten, wird nicht möglich sein. Etwas jedoch wird man hoffen dürfen. Die Bewegung ist eine direkte Fortsetzung der sozialdemokratischen; aber sie läuft der Organisation des vierten Standes parallel, indem sie auch die andren zusammenfaßt. Damit arbeitet sie den letzten Zielen der Sozialdemokratie direkt entgegen. Sie sammelt die bisher zerstreuten Kräfte und stärkt sie zum Widerstand gegen jene. Wenn aber in dem so entstehenden Wirrwarr die aufgewendete Mühe und Arbeit nicht wieder nutzlos verzettelt werden soll, so bedarf es leitender Staatsmänner, die die Bewegung mit fester Hand in geordneten Bahnen halten. * *